iv POSITIONEN
DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
JÄNNER 2025

SANIERUNG UND WACHSTUM

Wie Industriestandort UND Budget auf Vordermann gebracht werden können

„GROW & GLOW“
Initiative holt Mädchen an die HTL

Seite 8

BURGENLAND
Neujahrsempfang im Zeichen der Wirtschaftspolitik

Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien

JUBILÄUM
Seit 30 Jahren ist Österreich EU-Mitglied

Seite 2

Expertenmeinung von ANNA REINDL

EU-Mercosur: Eine strategische Chance für Europa

Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage sowie des zunehmend drohenden Wettbewerbsverlusts in Europa ist es gerade jetzt umso wichtiger, Handelspartner verstärkt zu diversifizieren.

Anna Reindl, Referentin Internationale Beziehungen & Märkte

Mehr als 20 Jahre nach Beginn der Verhandlungen über ein umfassendes Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und den vier Ländern der Mercosur-Region (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) wurde im Dezember 2024 die finale Einigung verkündet. Die EU und Mercosur schaffen zusammen einen Markt von mehr als 700 Millionen Menschen – und damit eine der größten Freihandelszonen der Welt.

Grundsätzlich besteht das Abkommen einerseits aus einer politischen Kooperation (etwa Zusammenarbeit im Bereich Bildung) sowie andererseits aus einem Freihandelsabkommen. Letzteres soll den Handel mit Waren und Dienstleistungen zwischen beiden Regionen stärken; v. a. durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen. Konkret sollen etwa 91 Prozent der Zölle auf EU-Warenexporte nach Mercosur schrittweise abgebaut werden. Laut Europäischer Kommission würde dies eine jährliche Zollersparnis von vier Mrd. Euro für EU-Unternehmen bewirken.

Politische Grundsatzeinigung bereits 2019

Bereits 2019 gab es eine erste politische Grundsatzeinigung über ein solches EU-Mercosur-Abkommen. Aufgrund von Gegenwind einiger EU-Mitgliedstaaten (wie u. a. Frankreich), besonders im Bereich der Landwirtschaft und des Umweltschutzes, folgten Nachverhandlungen. Daher wurde unter anderem ein eigenes Zusatzinstrument im Rahmen des Abkommens verhandelt, das vor allem die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele des Pariser Klimaabkommens rechtlich garantieren und durchsetzen soll.

Strategische Chance für ein selbstbewusstes Europa

Österreich ist mit einer Exportquote von 60 Prozent des BIP eine stark exportorientierte Volkswirtschaft. Mehr als 1,2 Millionen heimische Arbeitsplätze werden durch Exporte gesichert. Europaweit hängen 38 Millionen Arbeitsplätze an EU-Exporten zu Drittstaaten.

Die EU ist mit einem Anteil von 17 Prozent am Gesamthandel nach China der zweitbedeutendste Warenhandelspartner für Mercosur. Die Umsetzung des Abkommens könnte laut Studien zu einer Steigerung europäischer Exporte in die Region von bis zu 64 Prozent führen. Außerdem sichern EU-Exporte nach Mercosur bereits jetzt 32.000 Arbeitsplätze in Österreich.

Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage sowie des zunehmend drohenden Wettbewerbsverlusts in Europa ist es gerade jetzt umso wichtiger, Handelspartner verstärkt zu diversifizieren. Das EU-Partnerschaftsabkommen mit Mercosur ist in diesem Sinne eine wesentliche strategische Chance für Europa, die dringend genutzt werden muss.

Wie geht es weiter?

Damit das Abkommen unterschrieben werden und in Kraft treten kann, müssen sowohl das Europäische Parlament als auch die EU-Mitgliedstaaten (im Rahmen des Rates der Handelsminister) zustimmen. Eine endgültige Entscheidung könnte aufgrund der noch zu erfolgenden Verfahrensschritte, etwa der juristischen Überprüfung und Übersetzung des Abkommens in alle EU-Amtssprachen, im Sommer dieses Jahres fallen.

30 Jahre EU-Mitgliedschaft: Erfolgsmodell mit Wachstumspotenzial

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 war ein Motor für mehr Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Innovation. Doch das volle Potenzial der Union muss erst noch entfaltet werden.

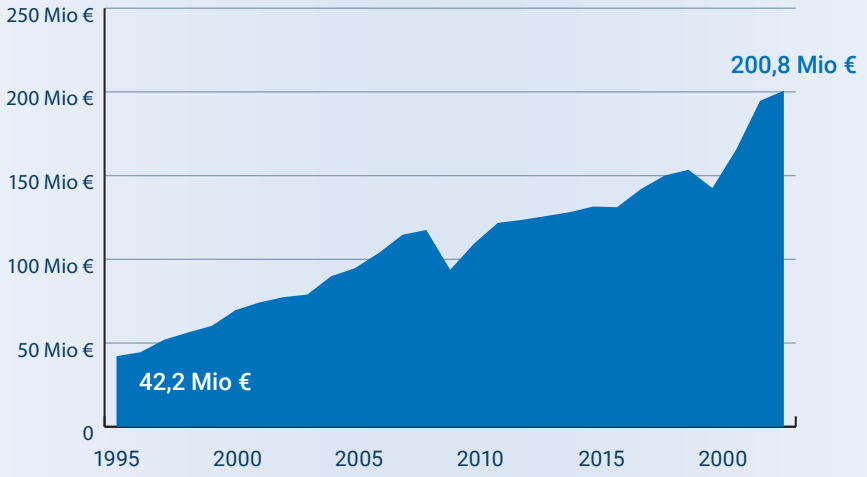
Im Jahr 2025 feiert Österreich 30 Jahre seit dem Beitritt der Republik zur Europäischen Union. Seit damals hat sich das Land zu einem der dynamischsten und innovativsten Mitglieder der EU entwickelt und enorm von der Mitgliedschaft profitiert. Die wirtschaftlichen Vorteile der österreichischen EU-Mitgliedschaft werden heute als quasi selbstverständlich angesehen – doch erst die EU-Mitgliedschaft hat die Export- und Investitionserfolge der österreichischen Wirtschaft ermöglicht.

Der europäische Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten (dem freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr) hat sich in dieser Zeit als das Fundament für Unternehmertum, Wohlstand und Wachstum herausgestellt.

„Die Teilnahme am EU-Binnenmarkt hat Österreich als kleine, exportorientierte Volkswirtschaft überproportional gestärkt. Fast jeder zweite Arbeitsplatz in Österreich hängt direkt oder indirekt vom Außenhandel ab, rund 70 Prozent der österreichischen Exporte an Waren und Dienstleistungen gehen in den EU-Binnenmarkt. Das unterstreicht, wie unverzichtbar die EU für unseren Wirtschaftsstandort ist“, so IV-Präsident Georg Knill.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 15 Billionen Euro, 450 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten sowie 21 Millionen Unternehmen ist der Binnenmarkt der größte Wirtschaftsraum der Welt. Doch auch 30 Jahre nach seinem Inkrafttreten bleibt er in einigen Bereichen ein Flickenteppich – Barrieren, etwa regulatorische Divergenzen und ein hoher Verwaltungsaufwand, bremsen das volle Potenzial des Binnenmarkts aus.

Exportwachstum nach EU-Beitritt
Wert in 1.000 Euro



Quelle: Statistik Austria, Außenhandel, 25.06.2024

Eine Union, die ihr Potenzial verwirklicht

Die EU läuft in den letzten Jahren zusehends Gefahr, durch Überbürokratisierung und Überregulierung unternehmerische Initiative zu ersticken oder sogar abzuschrecken. Deshalb muss in den kommenden Jahren besonderes Augenmerk auf der Wiederherstellung und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Europas liegen. Bürokratieabbau, die Vereinfachung regulatorischer Vorgaben, die Senkung der Energiekosten und die Schaffung eines harmonischen Wettbewerbsumfelds sind essenziell. 30 Jahre Österreich in der EU sind ein Grund zum Feiern – und ein Ansporn, die europäische Idee weiterzuentwickeln.

Fotos: IV/Matanovic; Adobe Stock

Woran wir eine neue Bundesregierung messen müssen

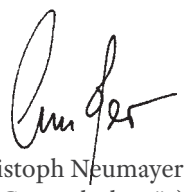
Österreich nimmt nicht mehr am globalen Wachstum teil, weil wir uns schlicht aus dem Markt gepreist haben. Wir brauchen jetzt möglichst schnell auch einen psychologischen Effekt und müssen Unternehmern das Vertrauen in den Standort zurückgeben.

Während der langen und streckenweise sehr zähen Verhandlungen, die seit der Nationalratswahl am 29. September 2024 geführt wurden, hatte man oft den Eindruck, dass der Ernst der Lage nicht von allen Beteiligten erkannt wurde. Daher hier noch einmal in aller Deutlichkeit: Die Industrie ist im dritten Rezessionsjahr. Es ist die längste Rezession seit 1954. Wir kämpfen mit Produktionsrückgängen, steigender Arbeitslosigkeit (in der Industrie + 17,8 Prozent 2024!) und nehmen nicht mehr am globalen Wachstum teil, weil wir uns schlicht aus dem Markt gepreist haben. Wir können das nicht achselzuckend auf „die globale Situation" schieben – die Probleme sind größtenteils hausgemacht und es ist wirklich an der Zeit, dass wir den aktuellen monatelangen Stillstand nicht weiter verlängern.

Neben einem Weg für spürbare Kostenreduktionen müssen Unternehmerinnen und Unternehmer das Vertrauen in den Standort zurückgewinnen. Nicht zuletzt die Belastungsfantasien der Gewerkschaften und der Spitze der Bundes-SPÖ haben dazu beigetragen, dass nicht mehr in Österreich, sondern an anderen Standorten investiert wird und dadurch hier Arbeitsplätze (im Übrigen auch Gewerkschaftsmitglieder!) und Innovationen verloren gehen. Den starken Sozialstaat, auf den wir zu Recht stolz sind, muss jemand finanzieren – es ist daher notwendig, die hohen Kosten bei Arbeit, Energie und durch Bürokratie zu senken und der Industrie wieder die Luft zum Atmen zu geben, die sie braucht, um weiterhin die starke Kraft der Wertschöpfung dieses Landes zu sein. Und es ist möglich, dies auch in einer durchaus heiklen Situation eines massiven Budgetdefizits zu tun.

Eine ausgabenseitige Budgetkonsolidierung ist möglich und notwendig. Wenn man mit seinem Geld nicht auskommt, muss man weniger ausgeben – das sollte selbstverständlich sein. Die Potenziale wurden ohnehin in den vergangenen Wochen von vielen Seiten aufgezeigt, deshalb sei hier nur eine Zahl herausgegriffen: Wenn wir die sehr hohe Förderquote Österreichs von 7,5 Prozent auf den Durchschnitt der EU-Länder von 5,7 Prozent senken, werden 8,3 Milliarden Euro frei. Das ist mehr als die 6,4 Milliarden Euro, die Österreich bereits 2025 jedenfalls einsparen muss. Durch Effizienzsteigerungen wäre ebenfalls viel zu gewinnen. Und schließlich bleibt noch die überbordende Bürokratie: Das Streichen unnötiger Berichtspflichten kostet nichts und würde eine Entlastung in Milliardenhöhe bringen. Zuletzt sei noch ein Hinweis erlaubt: Als Exportnation lebt Österreich von seiner Reputation im Ausland und von seiner Integration in den Binnenmarkt der Europäischen Union. Wir werden die Regierung an ihren Inhalten und Taten messen!

Ihr

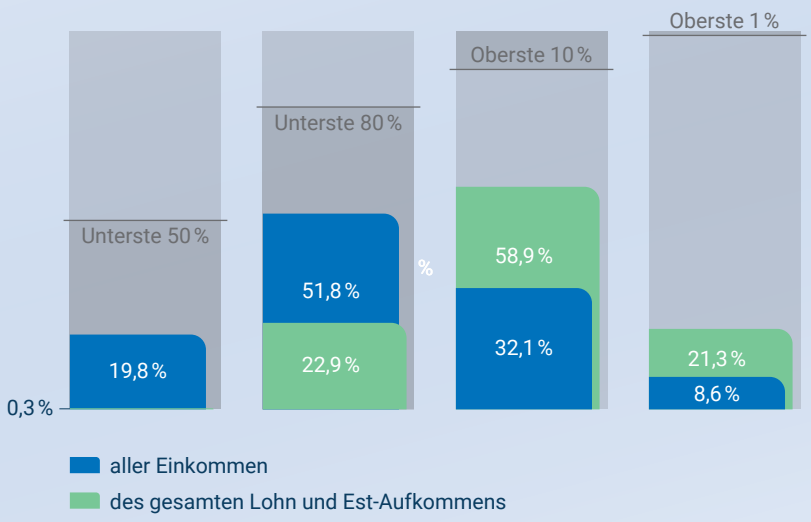


Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Am 8. Jänner 2025 fand der sogenannte „Fat Cat Day" statt – also jener Tag, an dem nach Berechnungen der Arbeiterkammer österreichische Spitzenmanager im Median so viel verdient haben wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer im ganzen Jahr. Ausgeblendet wird bei dieser alljährlichen Debatte, dass Topverdiener auch Top-Steuerzahler sind: Der „Fat Cat Day" ist also vor allem ein „Fat Tax Day". Das oberste Prozent der Einkommensbezieher erhält 8,6 Prozent aller Einkommen und leistet 21,3 Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens; die obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher erhalten 32,1 Prozent aller Einkommen und leisten stolze 58,9 Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens.

Topverdiener zahlen Großteil der Lohnsteuer



Quelle: Integrierte Lohn-Est-Statistik 2021 (Statistik Austria 2024)

Zahl des Monats

3,53

Milliarden Euro

Diese Summe veranschlagte der Bund 2024 für direkte umwelt- und klimapolitische Förderungen. Das entspricht mehr als einer Verdoppelung zum Jahr 2022 (1,68 Mrd. Euro). Der Fokus der Ausgaben liegt laut Wifo beim Klimaschutz, während Kreislaufwirtschaft und Biodiversität kaum ins Gewicht fallen. 2023 flossen in Österreich insgesamt rund 33 Mrd. Euro bzw. 6,9 Prozent des BIP in Förderungen, wie Zahlen von Eurostat ergeben. Der EU-Schnitt liegt bei 6,3 Prozent.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Nicola Skalé, Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 × jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück,
Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/Lexi, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Adobe Stock, IV-OÖ/Adobe Stock, IV-Salzburg/Salzburger Industrie/Neumayr, IV-Steiermark, IV-Tirol/FC IV Tirol/Oss, IV-Vorarlberg, IV-Wien/David Schreiber

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Foto: Philipp Horak; IV/Matanovic

Expertenmeinung von JUDITH OBERMAYR-SCHREIBER

Sichere und leistbare Gasversorgung für Österreich

Das Ende des Gastransits durch die Ukraine und der deutschen Gasspeicherumlage rückt die Notwenigkeit einer sicheren, diversifizierten und leistbaren Gasversorgung in Österreich einmal mehr in den Fokus.

Judith Obermayr-Schreiber, Expertin Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie

Die gute Nachricht zuerst: Kurz vor Ende des Jahres beschloss der Bundestag in Deutschland eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), womit die deutsche Gasspeicherumlage nicht mehr an den Grenzübergabepunkten eingehoben wird. Ab Jahreswechsel wird die Umlage somit nur mehr bei Entnahmen innerhalb Deutschlands eingehoben. Seit ihrer Einführung 2022 zählte die Industriellenvereinigung zu den schärfsten Kritikern der unionsrechtswidrigen deutschen Gasspeicherumlage, weil sie den Handel innerhalb des Binnenmarkts beschränkt und die angestrebte Diversifizierung der Gasimportrouten nach Österreich als „Quasi-Zoll" künstlich verteuert. Ein wichtiger und längst überfälliger Schritt ist damit für den Industriestandort Österreich und ganz Mitteleuropa gelungen – die konsequente Kritik der IV und anderer Verbündeter hat sich ausgezahlt.

Dass die Abschaffung der Gasspeicherumlage noch kurz vor Jahresende beschlossen wurde, ist besonders vor dem Hintergrund des Stopps des Gastransits durch die Ukraine von essenzieller Bedeutung: Hätte Österreich seine Importe aus Russland über die Ukraine nach Baumgarten gänzlich über Lieferungen aus Deutschland ersetzt, wären durch die Gasspeicherumlage Kosten von rund einer Million Euro pro Tag angefallen.

Nun fließt seit 1. Jänner 2025 kein Gas mehr durch die Ukraine nach Österreich bzw. Mitteleuropa, insbesondere die Slowakei. Trotz bestehender Vorkehrungsmaßnahmen im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und Diversifizierung stellt der Wegfall dieser substanziellen Mengen durch den mit Abstand größten Gas-Entry-Punkt Österreichs den Standort Österreich bzw. Mitteleuropa vor nicht zu unterschätzende Herausforderungen.

Bereits seit vergangenem Herbst stiegen die Gaspreise mit dem Heranrücken des Auslaufens der Gastransitverträge auf ein sehr hohes Niveau; derzeit pendeln sie sich bei rund 50 Euro pro Megawattstunde ein, was den Standortfaktor Energie insgesamt massiv verteuert und letztlich auch die Inflation antreibt. Die Gaspreise liegen damit vier- bis fünfmal höher als in den USA – mit gravierenden Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kommt, dass wir in Österreich bzw. Europa einen vergleichsweise kalten Winter erleben und sich die Gasspeicher deutlich schneller entleeren als etwa im Vorjahr. Die Wiederauffüllung in der Einspeichersaison während der warmen Jahreszeit wird dadurch erschwert bzw. verteuert, dass sich die prognostizierten Gaspreise über den Sommer ebenfalls auf sehr hohem Niveau befinden.

Lehre in den bildungspolitischen Fokus rücken

Eine neue Studie im Auftrag von „zukunft.lehre.österreich." und der Industriellenvereinigung zeigt, welche Potenziale für eine zukunftsfähige Lehrausbildung ausgeschöpft werden müssen.

Trotz der derzeit angespannten Situation in Industrie und Wirtschaft und der turbulenten politischen Entwicklungen: Fachkräfte bleiben einer der wichtigsten „Rohstoffe" Österreichs für die zukunftsweisende Weiterentwicklung des Standorts. Unternehmen bilden dafür Lehrlinge direkt im Betrieb zu hoch qualifizierten Fachkräften aus und bieten diesen damit die Grundlage für einen langfristig attraktiven und sicheren Karriereweg. Eine vom market-Institut durchgeführte Studie beleuchtet die Wahrnehmung der Betriebe zu ihren Lehrstellenbewerberinnen und -bewerbern, die Rolle der Grundbildung in der Schule und der Berufsorientierung sowie den Stellenwert der Lehre in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten. Die Auswahl der Befragten spiegelt die Struktur österreichischer Lehrbetriebe anhand der Lehrlingsanzahl in den einzelnen Sparten wider.

Bei der Studienpräsentation (v. l. n. r.): Monika Sandberger („z.l.ö."), Georg Knill, Robert Machtlinger („z.l.ö.") und David Pfarrhofer (market).

Die wichtigsten Studienergebnisse

Obwohl es längere Zeit gelungen war, die Auswirkungen der derzeitigen Rezession auf die Fachkräfteaktivitäten gering zu halten, sieht nunmehr rund ein Viertel der Befragten die Lehrausbildung durch die Wirtschaftskrise geschwächt. Gleichzeitig bleibt für die Unternehmen der hohe Stellenwert der betrieblichen Ausbildung bestehen: 92 Prozent der befragten Unternehmen wünschen sich für die Lehrausbildung einen höheren Stellenwert auf der politischen Agenda. Betriebe berichten vermehrt von Defiziten im Bereich der Grundkompetenzen, der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt und der Umgangsformen. 79 Prozent der Betriebe sehen einen Bedarf an intensiverer Vorbereitung auf das Arbeitsleben und die beruflichen Anforderungen. Besonders größere Unternehmen betonen hier den Wunsch nach Verbesserung.

Verbesserung der Grundkompetenzen notwendig

IV-Präsident Georg Knill betont die große Bedeutung der betrieblichen Ausbildung für junge Menschen und die Industrieunternehmen: „Die Industrie ist in den letzten Jahren zum zweitgrößten Lehrlingsausbilder aufgestiegen. Die größten Herausforderungen bleiben leider nach wie vor die Vorkompetenzen angehender Lehrlinge – daher wünschen wir uns von der künftigen Bundesregierung eine Qualitätsoffensive in der Grundbildung, z. B. durch die Einführung einer Bildungspflicht sowie eine professionelle Bildungs- und Berufsorientierung", so der IV-Präsident. Nicht zuletzt sieht er aber auch Luft nach oben, wenn es darum gehe, das Image der Lehre in der Bevölkerung zu heben: „Dafür braucht es einen gesellschaftlichen Schulterschluss aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft."

Fotos: IV/Matanovic

„Weltraum wird stärker für Sicherheitszwecke eingesetzt“

Im Interview spricht der Generaldirektor der Europäischen Weltraumagentur (ESA) Josef Aschbacher über die Weltraumforschung der EU, die Rolle Österreichs und Exportchancen für Unternehmen.

Der Österreicher Josef Aschbacher ist seit März 2021 Generaldirektor der ESA – die Europäische Weltraumorganisation (European Space Agency, ESA), mit Sitz in Paris, ist eine internationale Organisation 23 europäischer Staaten für die Koordinierung und den Betrieb gemeinsamer Raumfahrtaktivitäten.

Begonnen beim Draghi Report bis zur erstmaligen Einsetzung eines EU-Kommissars für Defence Industry and Space, gibt es auf EU-Ebene eine starke Priorisierung der Raumfahrt und der Weltraumforschung. Wie sehen Sie diese Entwicklungen?

Josef Aschbacher: Draghi hat sehr klar erkannt und beschrieben, dass Weltraum eine der Schlüsseltechnologien Europas ist, wo wir aufholen müssen, um vorne dabei zu bleiben und Innovation voranzutreiben. Weltraum ist essenziell wichtig für die Gesellschaft, die Sicherheit und verschiedene Wirtschaftszweige.

Auf europäischer Ebene kam es durch den neuen Kommissar, Herrn Kubilius, der sowohl für Weltraum aber auch für Verteidigung zuständig ist, zu einer großen Änderung in der Politik Europas. Dies wird sicher auch dazu führen, dass Weltraum mehr für Verteidigungs- und Sicherheitszwecke eingesetzt wird, was in der gegebenen geopolitischen Situation enorm wichtig für Europa ist.

Weltraum ist eine sogenannte Querschnittsmaterie. Welche Relevanz hat und welche Chancen bietet der Zukunftsbereich Weltraum dahingehend?

Raumfahrt ist eine Schlüsseltechnologie, die sehr viele Industriezweige bedienen wird, beginnend bei Wettervorhersagen über Navigationssysteme, Landwirtschaft, Städteplanung, Gesundheitswesen, Tourismus und viele andere Bereiche, in denen der Weltraum essenzielle Informationen bereitstellt. Wer diese an Bedeutung gewinnende Technologie nicht nützt, wird nicht zukunftsfit sein und einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Unternehmen und Wirtschaftszweigen haben. Daher ist es wichtig, Weltraum auch in Bereichen wie pharmazeutische Industrie, Tourismus, Landwirtschaft und vielen anderen Bereichen einzubauen.

Wie ist Österreich hinsichtlich Technologien für die Anwendung im Weltraum aufgestellt und welche Rolle kann Österreich in Zukunft spielen?

Österreich ist ein wichtiges Weltraumland. Seit dem Beitritt Österreichs bei der europäischen Weltraumagentur ESA hat sich sehr viel getan. Österreich verfügt über Spitzentechnologie im Hardwarebereich, dh im Satellitenbereich, beispielsweise wichtige Komponenten für verschiedenste Satelliten, die Erdbeobachtung, Navigation, Telekommunikation und Weltraumwissenschaft betreiben. Aber auch im Dienstleistungssektor ist Europa im Spitzenfeld und ist darüber hinaus dafür bekannt, eine exzellente Industrie zu haben und exzellente Qualität zu liefern. Die Ausgaben in Österreich im Weltraumsegment sind allerdings viel kleiner als in anderen vergleichbaren Ländern wie beispielsweise Belgien, Schweiz oder Niederlande, wo viel mehr Geld in den Bereich Weltraum investiert wird und sich dadurch auch für die Industrie mehr Möglichkeiten ergeben.

Was braucht es aus Ihrer Sicht in Österreich, damit Österreich seine Position im internationalen Weltraumsektor halten und ausbauen kann?

Österreich hat eine gute Weltraumstrategie, die durch den Nationalrat beschlossen wurde. Organisatorisch ist Österreich gut aufgestellt, es gibt in der FFG ein österreichisches Weltraumbüro und auch ein Weltraumforschungsprogramm.

Was es braucht, sind höhere Investition, damit österreichische Unternehmen mehr profitieren und mehr Möglichkeiten haben, sich in Europa zu entwickeln und europäische Expertise ins Ausland exportieren zu können

Wie kann Kooperation im Bereich Weltraum aussehen? Welche nationalen Partnerschaften kommen in Frage bzw. wären erstrebenswert?

Weltraum ist eine Technologie, die per Definition sehr oft mit internationalen Partnern durchgeführt wird. Gerade Europa hat durch die ESA sehr starke Vereinbarungen mit der NASA, der japanischen Weltraumorganisation, mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, mit Indien und anderen Nationen. Hier kann Österreich und Europa seine Expertise einbringen, aber auch Exportmöglichkeiten für Unternehmen eröffnet bekommen. Dies ist eine der Stärken der ESA; international stark eingebunden zu sein und dadurch Kooperationen mit globalen Partnern zu ermöglichen.

In Europa hat gerade Österreich durch den Sitz des United Nations Office of Outer Space Affairs, das Büro der Vereinigten Nationen wo Weltraum global koordiniert wird, international eine global bedeutende Rolle.

Expertenmeinung von IRIS FISCHL-RUHLAND

EU-Forschungsrahmenprogramm – quo vadis?

Iris Fischl-Ruhland, Expertin aus dem IV-Bereich Forschung, Technologie & Innovation

In der europäischen Forschungspolitik stehen zentrale Weichenstellungen an: Unter anderem wird Mitte des Jahres der erste Vorschlag der Europäischen Kommission zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und zum nächsten EU-Forschungsrahmenprogramm (FRP), „FP10“, erwartet. Im vergangenen Jahr wurden bereits erste wesentliche Pflöcke für die Konzeption und Diskussion zum FRP eingeschlagen. Dabei fokussieren die Bezüge und Empfehlungen zu FP10 auf die jetzigen Hauptprogramme der 1. Säule und 3. Säule (ERC-Grundlagenforschung, EIC-Innovation) des FRP sowie auf disruptive Innovationen – wie etwa in den Leitlinien der EU-KommissionspräsidenZtin, dem Draghi-Bericht sowie zuletzt auch im Berichtsentwurf des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des EU-Parlaments (ITRE). Kritisch ist, dass Überlegungen zur Zukunft der kollaborativen F&E im FRP im Sinne der jetzigen 2. Säule bisher viel zu vage bleiben, wenn auch auf die grundsätzliche Relevanz dieses Herzstücks des FRP vereinzelt eingegangen wird. Diskussionen zu einem etwaigen Competitiveness Funds, unter dem im nächsten MFR sämtliche FTI-Programme budgetiert werden könnten, bringen zusätzliche Unsicherheiten mit sich.

Die IV setzt sich gemeinsam mit Mitstreitern auf nationaler und europäischer Ebene weiterhin massiv dafür ein, dass das künftige FRP die angewandte kollaborative F&E als wesentlichen Teil enthält und entsprechend der jetzigen 2. Säule mit mindestens 60 Prozent der Mittel wie bisher ausstattet. Hier herrscht hoher Handlungsbedarf: Der Einbezug der wichtigen Übersetzungsrolle der Industrie, in Ökosystemen mit starken Partnern wie Hochschulen und Forschungseinrichtungen, für die erfolgreiche Anwendung und den Markt ist essenziell für ein zukunftsfähiges Europa! Demnächst werden zahlreiche Abänderungsanträge zum ITRE-Berichtsentwurf im Ausschuss und voraussichtlich im März im Plenum des EU-Parlaments abgestimmt, der unter anderem eine Budgetempfehlung enthält, dass die Hälfte des FP10-Budgets zu ERC und EIC gehen soll, was eine klare Reduktion der 2. Säule von rund 59 Prozent auf 34 Prozent des Budgets im Vergleich zum Status quo bedeuten würde.

61 Prozent der Rückflüsse an österreichische Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen kommen derzeit aus der 2. Säule. Österreich muss seinen Erfolgsweg fortsetzen und sich für ein starkes zusammenhängendes Forschungsrahmenprogramm mit einem Budget von mindestens 200 Milliarden Euro einsetzen, das angewandte kollaborative F&E mit Fokus auf Schlüsseltechnologien als zentralen Teil enthält.

Fotos: ESA-Philippe Sebirot; Adobe Stock; IV/Matanovic

Sanierung und Wachstum

Österreich steht heuer vor der heiklen Aufgabe, das stark belastete Budget nachhaltig zu sanieren und gleichzeitig die richtigen Impulse zu setzen, um das hauchzarte Wirtschaftswachstum nicht wieder auszubremsen.

Die Stimmung in der Industrie könnte kaum schlechter sein: 2024 gingen 4,5 Prozent an Wertschöpfung verloren und die Arbeitslosigkeit stieg um 17,8 Prozent; die Industrie steckt im dritten Rezessionsjahr. Im Dezember ist die Beurteilung der aktuellen Lage und auch der unmittelbaren Zukunft so schlecht wie seit der Coronazeit nicht mehr. Der entsprechende Index des Wirtschaftsforschungsinstituts Wifo brach auf minus 27,3 Punkte für die aktuelle Lage in der Sachgütererzeugung und minus 20,8 Zähler für die Erwartungen ein. Die Nulllinie trennt positive von negativen Einschätzungen; und zum Vergleich: Gesamtwirtschaftlich lag der Index im Dezember bei minus 6,0 bzw. minus 6,6 Punkten. Und auch das neue Jahr startet mit trüben Aussichten.

Die vergangenen Jahre waren von externen Krisen und deren Bewältigung geprägt. Es gäbe allerdings für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Österreich global betrachtet Wachstumschancen – die Weltwirtschaft wächst mit rund drei Prozent und viele für Österreich spannende Märkte entwickeln sich dynamisch. Doch Österreich kann an diesen Wachstumschancen nicht teilhaben.

„Wir haben uns schlichtweg aus dem Markt gepreist“, sagt IV-Präsident Georg Knill. „Wir haben in den letzten zwei Jahren jeden 15. Wertschöpfungseuro in der heimischen Industrie verloren – das ist alarmierend“. Die Arbeitskosten sind durch eine Steigerung von 32 Prozent der Lohnstückkosten seit 2021 massiv gestiegen. Die Energiepreise für Industriekunden liegen nicht nur über dem EU-Schnitt, sondern auch beim Zwei- bis Dreifachen dessen, was produzierende Unternehmen beispielsweise in den USA bezahlen müssen. Diese hohen Kosten erschweren es Unternehmen, am Weltmarkt kompetitiv bleiben zu können. Das führt dazu, dass Produktionen an andere Standorte verlegt werden und auch Investitionen anderenorts stattfinden. Gleichzeitig drücken die vielen Monate politischer Unklarheit und der hohe Konsolidierungsbedarf des Bundesbudgets auf das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort.

Wachstum hängt von den Bedingungen ab

Wirtschaftsforschungsinstitute haben für 2025 ein moderates Wachstum von rund einem halben Prozent prognostiziert. Dieser vorsichtige Optimismus ist stark von internen und externen Rahmenbedingungen abhängig. Einerseits geht es um die Frage, welcher Maßnahmenmix bei der Budgetkonsolidierung angewandt wird. Österreich hat bereits sehr hohe Steuereinnahmen – bei der Abgabenquote lag Österreich 2023 mit 43,5 Prozent auf Platz vier in der Europäischen Union. In den vergangenen Jahren stiegen jedoch – teilweise krisenbedingt – die Staatsausgaben auf ein neues Rekordniveau. „Eine nachhaltige Konsolidierung darf nicht durch Steuererhöhungen erfolgen, sondern muss ausgabenseitig und intelligent umgesetzt werden“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Der Plan, den FPÖ und ÖVP nach Brüssel gemeldet haben, geht bereits in diese Richtung: Von dem noch heuer einzusparenden Volumen von 6,4 Milliarden Euro soll rund die Hälfte bei Förderungen eingespart werden, 1,1 Milliarden Euro bei den Ministerien; und der Rest durch Effizienzsteigerungen und Lückenschlüsse im Steuersystem. „Nur weniger auszugeben wird jedoch nicht reichen – das ist zu kurz gedacht und verkennt weitere anderweitige Konsolidierungspotenziale, etwa Effizienzsteigerungen und strukturelle Veränderungen“, so der IV-Präsident.

Nach dem Vorbild des „schwedischen Modells“ können in bestimmten Bereichen nominale Kostensteigerungen ausschließlich durch Effizienzgewinne ausgeglichen werden, ohne dabei das Leistungsniveau zu beeinträchtigen. Beispiele dafür sind die Verlagerung von stationären Leistungen im Gesundheitsbereich in Ambulanzen oder im Bildungssektor eine Reduktion der Dokumentationspflichten für Lehrer.

Schließlich müssen so schnell wie möglich auch jene unabdingbaren Reformen angegangen werden, die erst mittel- und langfristig Effekte haben werden. Das betrifft Strukturreformen, wie beispielsweise in den Bereichen der Pensionen, der Verwaltung oder auch des Föderalismus.

„Die Konsolidierung des Bundesbudgets ist kein Selbstzweck, sondern ein zentraler Baustein für eine stabile, vertrauenswürdige und wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik. Durch eine intelligente ausgabenseitige Konsolidierung kann der Staat nicht nur seine finanzielle Stabilität sichern, sondern auch die Rahmenbedingungen schaffen, die Unternehmen und Bürger brauchen, um zu wachsen und zu investieren“, betont IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Unternehmen entlasten ohne Budgetbelastung

Unternehmen zu entlasten, ohne dabei das Budget zusätzlich zu belasten, kann generell über den Abbau bürokratischer Auflagen erfolgen. Die Bürokratiekosten in Österreich belaufen sich auf zehn bis 15 Milliarden Euro, was 2,6 bis 3,8 Prozent der Wirtschaftsleistung entspricht. Österreichische Unternehmen geben im Durchschnitt 2,5 Prozent ihrer Umsatzerlöse für die Einhaltung bürokratischer Vorschriften aus – Geld, das gut für Investitionen und Innovationen ausgegeben werden könnte. Ein Bürokratiekostenindex und in weiterer Folge auch eine gesetzliche Verpflichtung zum Abbau bürokratischer Auflagen könnte Fortschritte sichtbar machen und Unternehmen erheblich entlasten. Aktuell liegt Österreich in dem von IV und Economica entwickelten Bürokratiekostenindex (BKI) im EU-Vergleich auf Platz elf, mit großem Abstand zu den Spitzenreitern in Skandinavien. Österreich liegt bei keinem der analysierten Indikatoren in den Top Ten der EU. In essenziellen Bereichen wie Unternehmensgründungen oder Steuererklärungen gehört das Land sogar zu den Schlusslichtern. Abhilfe könnte auch ein Deregulierungsgesetz ähnlich dem Deregulierungsgrundsätzegesetz, das 2020 ausgelaufen ist, schaffen. Dadurch könnten Regelungen wie Sunset-Klauseln zur Evaluierung neuer Gesetze oder „One in, two out“-Bestimmungen festgelegt werden.

US-Politik wird entscheidend sein

Entscheidend für das Wirtschaftswachstum in Österreich und Europa wird auch die Politik sein, die von Donald Trump in seiner zweiten Amtszeit als US-Präsident zu erwarten ist. Seine angekündigten „America First“-Maßnahmen könnten zu erheblichen wirtschaftlichen Verwerfungen führen. „Bis 2028 könnte die EU durch Trumps Maßnahmen kumulative BIP-Verluste von rund 420 Milliarden Euro erleiden, während die Verluste in den USA moderat blieben. Offene Volkswirtschaften wie Deutschland und Österreich wären besonders stark betroffen“, warnt Knill. Trumps Ankündigungen treffen Europa genau dort, wo die Schwächen liegen: Energiepreise („Drill, baby, drill!“), hohe Abgabenlast (Trump: Senkung der Körperschaftsteuer) und hohe bürokratische Last (Elon Musk als Deregulierungsminister). Vor diesem Hintergrund müsse sich die neue Bundesregierung auf eine starke Außenpolitik und eine gestaltende Stimme in der Europäischen Union konzentrieren, sagt Knill: „Österreich lebt vom Export – wir verdienen sechs von zehn Euro im Ausland. Das muss sich auch im Koalitionsprogramm widerspiegeln“.

Die USA sind nach wie vor ein unverzichtbarer Partner und Verbündeter für Europa und Österreich. Es ist daher für die exportorientierte Industrie unerlässlich, die Partnerschaft mit den USA auf eine neue, ausgewogene Basis zu stellen. „Daher ist es auch wichtig, auf die US-Regierung zuzugehen, die transatlantischen Beziehungen proaktiv zu gestalten, an der Lösung bestehender Probleme zu arbeiten und gleichzeitig die eigenen europäischen Interessen klar zu vertreten“, meint Neumayer.

„Wir starten von einer schwierigen Ausgangslage. Es braucht entschlossene Reformen, um Österreichs Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen“, erklärt IV-Präsident Georg Knill. „Klar ist: Es braucht Entschlossenheit, Mut und kluge Köpfe um die Herausforderungen, vor denen der Industrie- und Wirtschaftsstandort steht, erfolgreich zu meistern und ein weiteres Rezessionsjahr abzuwenden“, so Neumayer abschließend.

Fotos: Adobe Stock

Vier zentrale Säulen für einen smarten Konsolidierungspfad:

ZIELGERICHTETE AUSGABEN-KÜRZUNGEN IM BEREICH DER SUBVENTIONEN UND FÖRDERUNGEN

EFFIZIENZGEWINNE BEI GLEICHEM LEISTUNGSNIVEAU NACH DEM VORBILD DES „SCHWEDISCHEN MODELLS“

BÜROKRATISCHE ENTLASTUNG DURCH EINE GESETZLICHE VERPFLICHTUNG ZUM ABBAU BÜROKRATISCHER AUFLAGEN

STRUKTUR-REFORMEN IN DEN BEREICHEN PENSIONEN, VERWALTUNG UND FÖDERALISMUS

„Grow & Glow“-Initiative holt Mädchen an die HTL

Kann man die HTL (auch) zu einer „Schule der Mädchen“ machen? Das war der Ausgangspunkt eines Pilotprojekts, das von IV und MINTality-Stiftung gestartet wurde.

HTL-Schülerinnen aus „HTL-Girls Grow & Glow“.

Die HTL ist ein großes Standort-Asset Österreichs: Jede vierte Matura in Österreich wird an einer HTL absolviert; annähernd die Hälfte des höher qualifizierten Technikpersonals der Industrie kommt aus der HTL – das ist etwa gleich viel wie von Unis und FHs zusammengenommen. Und auch, was die Eignung der Graduierten angeht, brauchen sich die Absolventinnen und Absolventen nicht zu verstecken: Sie werden von der Industrie mit Bestnoten bewertet und übertreffen in einigen innovationsrelevanten Feldern sogar die Hochschulgraduierten. Ohne die HTL-Talente gäbe es demnach keine österreichische Industrie, wie wir sie kennen – keine Hidden Champions, keine Weltmarktführer, keine erfolgreichen Industrie-Leitbetriebe.

Einziger Wermutstropfen rund um den Zukunftsmotor HTL ist die leider noch immer geringe Anzahl an jungen Frauen, die sich für eine HTL-Ausbildung entscheiden. Vieles bewegt sich dabei in eine erfreuliche Richtung – so ist etwa der Anteil der HTL-Absolventinnen in den vergangenen Jahren von 14 auf zuletzt 21 Prozent gestiegen. In Anbetracht der rasanten Entwicklungen im Technologiebereich und der weiter steigenden Nachfrage nach MINT-Talenten ist es aber zu wenig. Es muss an Dynamik zugelegt werden.

So wurde auf Initiative der IV ein Kooperationsprojekt mit der MINTality-Stiftung, dem HTL-Direktorenverband und HTL-Schülerinnen gestartet. Ziel von „HTL-Girls Grow & Glow“ ist es, interessierte HTLs durch gezielte Interventionen stärker zu „Schulen der Mädchen“ zu machen und damit künftig mehr interessierte weibliche Talente anzuziehen. Operativ unterstützt durch die MINTality-Stiftung wird die HTL dabei in einer ersten Phase von ihren eigenen Schülerinnen unter die Lupe genommen: Wer oder was hat die Schulwahl beeinflusst? Wie wird das räumliche Setting der Schulen durch die jungen Frauen wahrgenommen? Welchen Einfluss haben HTL-Pädagoginnen und -Pädagogen und Role Models auf das Wohlfühlen der Schülerinnen an HTLs? Welche Ziele verfolgen HTL-Absolventinnen nach Schulabschluss?

In Anwesenheit von IV-Präsident Knill präsentierten die Schülerinnen erste Zwischenergebnisse bei der bundesweiten HTL-Direktoren-Tagung im Dezember in Salzburg und ernteten dabei großes Interesse der Schulleitungen. In einer zweiten Projektphase wird nun im Zusammenwirken von Schülerinnen, HTL-Schulleitungen und Industrieunternehmen aus den HTL-Kuratorien eine „Best-of“-Liste an besonders wirkungsvollen Maßnahmen und Interventionen erarbeitet, um die HTL zur Schule der Mädchen zu entwickeln. Ebenso soll ein Tool mit Außenwirkung für die teilnehmenden Schulen entstehen, um den „Glow & Grow“-Spirit der Initiative auf ganz Österreich zu übertragen.

„High Potentials“ aus der Ukraine erhielten IV-Stipendium

Das Stipendium steht unter dem Motto „Praktischer Wissenstransfer im MINT-Bereich“ und wurde diesmal an drei junge Talente vergeben.

Die Stipendiaten bei der Verleihung im Haus der Industrie.

Vergangenen Oktober vergab die Industriellenvereinigung wieder drei Stipendien in Höhe von je 6.000 Euro an junge geflüchtete Studierende aus der Ukraine. Über das Stipendium dürfen sich Iryna Hontsovska (Computerwissenschaften, TU Wien), Mykhailo Barabash (Künstliche Intelligenz, Johannes Kepler Universität Linz) und Ilona Tylevna (Mathematik, Universität Wien) freuen. „Für uns ist eine solche Unterstützung in dieser schwierigen Zeit für unser Land von großer Bedeutung“, meinte Vasyl Khymynets, Botschafter der Ukraine in Österreich, anlässlich der Verleihung der Stipendien. Gastgeber Christoph Neumayer, Generalsekretär der IV, ergänzte: „Uns ist es eine Herzensangelegenheit, begeisterte und begabte junge Menschen aus der Ukraine bei ihrem MINT-Studium in Österreich zu unterstützen.“

IV-Generalsekretär Neumayer mit Oleksandr Irkhin, Gesandter-Botschaftsrat der Ukraine.

Ilona, Mikhailo und Iryna setzten sich in einem hochkompetitiven Bewerbungsverfahren durch und punkteten mit ihren beeindruckenden Platzierungen bei ukrainischen und internationalen Wissenschaftsolympiaden.

Das Stipendium hatte die Auflage des „praktischen Wissenstransfers im MINT-Bereich“, was Ilona, Mikhailo und Iryna vor eine auch sprachliche Herausforderung stellte, die sie souverän meisterten. Sie gestalteten gemeinsam mit Michael Eichmair und Dmytro Rzhemovskyi von der Universität Wien Workshops über Programmiersprachen und KI für begabte Jugendliche. Ihre Learnings? Planen ist wichtig, Improvisation und Kommunikation mindestens genauso! Nun planen die drei hochbegabten MINT-High-Potentials, so rasch wie möglich auch beruflich in Österreich Fuß zu fassen.

TRIGOS

TRIGOS 2025: EINREICH-START FÜR ÖSTERREICHS FÜHRENDEN NACHHALTIGKEITSPREIS

Nachhaltigkeit, Innovation und gesellschaftliche Verantwortung stehen im Mittelpunkt des TRIGOS, Österreichs renommiertester Auszeichnung für zukunftsorientiertes Wirtschaften. Bereits zum 22. Mal wird der Preis im Jahr 2025 an Unternehmen verliehen, die mit ihrer Strategie und ihren Projekten einen nachhaltigen Beitrag für die Gesellschaft und den Planeten leisten.
Von 13. Jänner bis 7. März 2025 können Vorzeigeprojekte in sechs Kategorien eingereicht werden – der Fokus liegt dabei auf der Innovationskraft, der Wirkung der Projekte sowie ihrer Zukunftsfähigkeit. Der Preis gibt Industrieunternehmen die Möglichkeit, zu zeigen, wie Nachhaltigkeit auf innovative Weise im Betrieb gelebt werden kann.

Die feierliche Verleihung findet am 25. September in Wien statt.

Einreichung unter **www.trigos.at**.

Fotos: Anna Koschitz; IV / Matanovic

„Technik kinderleicht!“: Forschendes Lernen in Kindergarten und Volksschule

Das Projekt „Technik kinderleicht!“ (TKL) des Technischen Museums Wien in Zusammenarbeit mit der Jungen Industrie verfolgt ein klares Ziel: Kinder schon im Kindergarten- und Vorschulalter für Technik und Naturwissenschaften zu begeistern. Seit 2015 unterstützt diese Bildungsinitiative zahlreiche Pädagoginnen und Pädagogen dabei, technisches und naturwissenschaftliches Wissen spielerisch und praxisnah zu vermitteln.

Die Idee hinter „Technik kinderleicht!“

Das Technische Museum Wien und die Junge Industrie teilen die Vision, die natürliche Neugier der Kinder zu fördern und sie zu kleinen Entdeckern zu machen. Frühkindliche Begeisterung für Technik und Naturwissenschaften legt den Grundstein für späteres Interesse und Verständnis.
Doch viele Pädagoginnen und Pädagogen fühlen sich unsicher, MINT-Themen in den Kindergarten- oder Schulalltag einzubinden. „Ich habe selbst keine technische Ausbildung. Wie soll ich das vermitteln?“ ist eine häufige Sorge. Genau hier setzt „Technik kinderleicht!“ an: Mit leicht verständlichen Materialien und praxisnahen Schulungen der Pädagogen zeigt es, wie Technik mit einfachen Mitteln und geringem Budget spielerisch vermittelt werden kann. TKL stärkt die Kompetenzen der Pädagogen, indem sie lernen, Kinder aktiv bei ihren Experimenten zu unterstützen. Eine Teilnehmerin fasst es treffend zusammen: „Ich habe gelernt, dass ich nicht alles wissen muss. Manchmal reicht es, die Kinder zu begleiten und gemeinsam mit ihnen zu entdecken.“

Aufbau des Projekts

Das Herzstück von „Technik kinderleicht!“ ist ein durchdachtes Curriculum, das Pädagogen mit praxisorientierten Workshops zu den Themenbereichen Wasser, Technik im Alltag, Mobilität sowie Digitalisierung qualifiziert. Darüber hinaus werden maßgeschneiderte Angebote zu speziellen Themen wie beispielsweise Bionik oder Papier angeboten.

„Kinderleicht Cafés“

Ein zentrales Element des Projekts sind die „Kinderleicht Cafés“, eine Plattform für Austausch und Vernetzung: Hier können Pädagoginnen und Pädagogen ihre Erfahrungen teilen, neue Ideen entwickeln und praxisnahe Unterstützung durch erfahrene Wissensvermittler des Technischen Museums erhalten.

Praxisnahe Umsetzung

Die teilnehmenden Bildungsinstitutionen werden mit speziell entwickelten Materialien ausgestattet, die sich leicht in den Alltag integrieren lassen. Die Experimente sind so gestaltet, dass sie mit vorhandenen oder kostengünstig beschaffbaren Gegenständen durchgeführt werden können.

Die Pädagoginnen und Pädagogen agieren als Multiplikatoren und tragen ihr Wissen in die jeweilige Institution weiter. So wird das Projekt nachhaltig in der frühkindlichen Bildung verankert.

Erfolge und Wirkung

Seit 2015 haben über 4.000 Pädagogen aus acht Bundesländern und den angrenzenden Nachbarländern an „Technik kinderleicht!“-Schulungen teilgenommen. Allein im Jahr 2024 wurden 680 Pädagogen aus vier Bundesländern zu MINT-Multiplikatoren.

Ein Blick in die Zukunft

Das Projekt „Technik kinderleicht!“ wird kontinuierlich ausgebaut: Im Sommer 2025 werden erstmals spezielle Workshops für Wiener Freizeitpädagogen angeboten. Zudem werden neue Unterlagen und Inhalte zum Thema Nachhaltigkeit entwickelt und die Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene intensiviert. Gemeinsam mit der MINTality-Stiftung entstehen neue Materialien speziell für Mädchen im Alter von vier bis acht Jahren. Das Hauptziel bleibt dabei unverändert: Kinder spielerisch zu fördern und sie für Technik und Naturwissenschaften zu begeistern.

Mit „Technik kinderleicht!“ setzt das Technische Museum Wien gemeinsam mit der Jungen Industrie einen nachhaltigen Impuls für die Bildung der Jüngsten – und ebnet den Weg für eine Generation neugierig forschender Entdeckerinnen und Entdecker!

Fotos: Technisches Museum Wien; JI/Junge Industrie

ZUKUNFTS-GERICHTETES ÖSTERREICH

Die Krux mit dem Farbenspiel.

Egal, welche Meinung man auch vertreten mag, aus neutraler Beobachterperspektive waren die letzten Monate in der Welt der österreichischen Innenpolitik turbulenter als so manche Filmszenen.

Während die einen mit geflügelten Worten wie „Verantwortung für Österreich“, „Kein weiter wie bisher“ oder „Unsere Hand ist ausgestreckt“ Bullshit-Bingo spielten, verfolgen doch einige Personen die Situation mit ernsthafter Sorge. Unser Farbenspiel wird immer komplizierter: Rot kann nicht mit Blau oder Pink, Schwarz nicht mehr mit Grün und gemeinsam können Rot und Schwarz auch nicht mehr. Schaut man sich die Mehrheitsverhältnisse – auch unter Berücksichtigung von Neuwahlszenarien – an, fällt einem auf, dass nicht mehr viel an Kompatibilität zwischen den Farben übrig bleibt. Für Fantasien wie Minderheitsregierungen oder politisch neutrale Expertenminister besteht im österreichischen System kaum ein Wille.

Langsam frage ich mich, wie sich das alle beteiligten Personen für die Zukunft vorstellen. Realitätsverweigerung ist wohl keine Langfriststrategie – es wäre an der Zeit, sich selbst ernst zu nehmen und leere Floskeln wie „Verantwortung übernehmen“ mit Inhalt zu füllen. Die Menschen in Österreich müssen das nämlich auch machen: Von Unternehmen wird selbstverständlich erwartet, sich laufend an neue Herausforderungen anzupassen, und auch am Arbeitsmarkt sollen die Menschen mit sich ändernden Rahmenbedingungen klarkommen. Warum also nicht die Politik? Die muss jetzt mutig sein, auch größere Veränderungen anzugehen. Wir müssen nicht mehr alles so machen, wie wir es in den letzten Jahrzehnten immer schon gemacht haben. Die Welt hat sich enorm verändert und wird sich noch viel mehr verändern.

Wir brauchen klare Ziele und einen langfristigen Plan für Österreich, und zwar über eine Wahlperiode hinaus. Einen stabilen Wirtschaftsstandort, Wohlstand und Sicherheit – das erwarten sich die Menschen, wenn sie ihre Stimme bei der Wahlurne abgeben.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Géza Molnár, Spitzenkandidat der Liste „Hausverstand“, ÖVP-Landesparteiobmann und Spitzenkandidat Christian Sagartz, SPÖ-Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann, IV-Burgenland-Geschäftsführerin Aniko Benkö, die vormalige IV-Burgenland-Präsidentin Heidi Adelwöhrer, Grünen-Landessprecherin und Spitzenkandidatin Anja Haider-Wallner, FPÖ-Spitzenkandidat Norbert Hofer, IV-Burgenland-Präsident Christian Strasser und NEOS-Landessprecher und Spitzenkandidat Christoph Schneider.

Neujahrsempfang 2025: „Brauchen wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen“

Beim Neujahrsempfang 2025 verabschiedete sich die bisherige IV-Burgenland-Präsidentin Heidi Adelwöhrer mit mahnenden Worten. Der neue IV-Burgenland-Präsident Christian Strasser forderte: „Die Industrie braucht dringend wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen, um wirtschaften und wachsen zu können.“ Im Rahmen der Veranstaltung organisierte die IV-Burgenland eine Statement-Runde zwischen den wahlwerbenden Parteien zur Landtagswahl 2025 mit Fokus Industrie- und Wirtschaftspolitik.

Das neue Jahr begann für die IV-Burgenland mit einer personellen Rochade im Präsidium: Präsidentin Heidi Adelwöhrer legte ihr Amt zurück, während der vormalige Vizepräsident Christian Strasser die Präsidialagenden übernahm. Nach sechs erfolgreichen Jahren im Burgenland wird sich Heidi Adelwöhrer neuen beruflichen Herausforderungen widmen.

„Es war mir eine Ehre und eine große Freude, zwei Jahre lang an der Spitze der IV-Burgenland die Interessen der Industrie zu vertreten“, sagte Heidi Adelwöhrer. „Mir waren stets das Gemeinsame und die wertschätzende Zusammenarbeit wichtig, denn nur gemeinsam kann man etwas erreichen. Die letzten Jahre waren wirtschaftlich herausfordernd; auch Gesellschaft und Politik haben sich verändert. Ich durfte die IV-Burgenland durch diese spannende und aufregende Zeit führen. Meine Position wird Christian Strasser übernehmen, dem ich für die Zukunft nur das Beste wünsche“, so Adelwöhrer.

„Ich freue mich, die Agenden von Heidi Adelwöhrer übernehmen zu dürfen und an der Spitze der IV-Burgenland daran mitzuwirken, wichtige Zukunftsthemen für den Industriestandort Burgenland voranzubringen“, erklärte Christian Strasser, Geschäftsführer der PET to PET Recycling Österreich GmbH.

Meilensteine der vergangenen Jahre

Heidi Adelwöhrer war 2022 zur Präsidentin gewählt worden und war damit die erste weibliche Präsidentin der Industriellenvereinigung. Während ihrer Präsidentschaft formierte sich das Büro der IV-Burgenland unter der Geschäftsführung von Aniko Benkö neu. Wichtige Meilensteine und Projekte waren etwa die Organisation der Berufsorientierungsinitiative „Industrie zum Angreifen“, des Physikwettbewerbs „Pannotechnikus“ und der erste Unternehmertag am JOANNEUM Research in Pinkafeld. Darüber hinaus gab es umfassenden Austausch mit Stakeholdern aus Bildung, Politik und Sozialpartnerschaft.

Christian Strasser wird den ziel- und konsensorientierten Kurs von Adelwöhrer fortsetzen und auf gemeinschaftlicher Basis daran arbeiten, den Industriestandort Burgenland zusammen mit den IV-Mitgliedern und anderen Akteuren weiterzuentwickeln. „Wirtschaft und Industrie sind das Rückgrat unseres Wohlstands“, ist Strasser überzeugt. „Die Industrie darf daher nicht an Stellenwert verlieren.“

„2025 muss sich einiges tun“

Die Entwicklung des Industriestandorts Burgenland war auch Thema beim traditionellen Neujahrsempfang der IV-Burgenland. Die letzten Jahre waren für die Industrie von starken wirtschaftlichen Verwerfungen geprägt – hohe Energie- und Lohnstückkosten stellten den produzierenden Bereich vor große Herausforderungen. „Wir werden auch weiterhin herausfordernde Zeiten und gesellschaftspolitische Umbrüche durchleben. Umso wichtiger ist es, unseren Standort für die Zukunft zu rüsten. Dafür braucht es unter anderem weitere Deregulierung und Bürokratievereinfachung, eine Stärkung von Forschung und Entwicklung, den Ausbau einer starken und

Fotos: IV-Burgenland / Lexi

leistungsfähigen Infrastruktur, leistbare sowie erneuerbare Energie und qualifizierte Fachkräfte, die am Standort leben und arbeiten“, sagte Präsident Christian Strasser in seiner Rede beim diesjährigen IV-Burgenland-Neujahrsempfang im Hotel-Restaurant Ohr in Eisenstadt.

Heidi Adelwöhrer verabschiedete sich mit mahnenden Worten und verwies auf die schwierige Situation: „Die Lage ist ernst – und bitte, nehmen Sie das auch ernst.“ Die Industrie in Österreich befinde sich in ihrem dritten Rezessionsjahr. 2024 habe Österreich nach Estland den zweitgrößten BIP-Rückgang innerhalb der EU verzeichnet.

Christian Strasser betonte die Notwendigkeit von Reformen, welche die Wettbewerbsfähigkeit des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Burgenland stärken: „2025 muss sich einiges tun.“

„Wirtschaft wirtschaftet, Politik sorgt für Rahmenbedingungen“

Strasser verwies in diesem Zusammenhang auf Zahlen, die das Economica Institut recherchiert hatte: Das Burgenland liegt beim verfügbaren Einkommen zwar im europäischen Spitzenfeld, allerdings rangiert das Land österreichweit sowohl bei der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung als auch pro Erwerbstätigen jeweils an letzter Stelle. Im Burgenland gibt es vergleichsweise wenige Personen im erwerbsfähigen Alter. Das bringe Herausforderungen für den Arbeitsmarkt, die soziale Infrastruktur und das Budget. Hinzu kommt, dass rund vier von zehn Beschäftigten mit Wohnort Burgenland in ein anderes Bundesland pendeln. Das Burgenland weist unter allen Bundesländern die geringste F&E-Quote (Forschung und Entwicklung) auf. Nur rund ein Prozent des Bruttoregionalprodukts fließt in die Forschung; F&E sei jedoch essenziell, um wettbewerbsfähig zu bleiben bzw. die Wettbewerbsfähigkeit ausbauen zu können. Der Anstieg von 0,6 Prozent seit 2006 sei positiv zu bewerten, allerdings stagniert der Anteil seit 2015, während die gesamtösterreichische Forschungsquote weiter im Steigen begriffen war (derzeit bei rund 3,3 Prozent).

Politische Interventionen in der Wirtschaft lehnt Strasser ab: „Wir müssen nach dem Motto ‚Weniger Staat, mehr privat‘ handeln. Konkret heißt das: Die Wirtschaft wirtschaftet, die Politik schafft den Rahmen, hält sich aber weitestgehend aus dem Alltag von Unternehmen und Menschen heraus. Was die Industrie braucht, sind wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen, um wirtschaften und wachsen zu können“, so der Appell von Christian Strasser. An zukünftige Regierungen gerichtet fordert Strasser, wirtschaftliche Stabilität und Wachstum zu forcieren: „Die Industrie ist das Rückgrat unseres Wohlstands und unseres Fortschritts.“

Parteien über die Wirtschaftspolitik im Burgenland

Im Rahmen der Veranstaltung lud die IV-Burgenland die wahlwerbenden Parteien wenige Tage vor der burgenländischen Landtagswahl 2025 zu einer Statement-Runde unter der Moderation von Gerald Groß über die Zukunft des Industriestandorts Burgenland ein.

SPÖ-Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann (in Vertretung von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil), ÖVP-Landesparteiobmann und Spitzenkandidat Christian Sagartz, FPÖ-Spitzenkandidat Norbert Hofer, Grünen-Landessprecherin und Spitzenkandidatin Anja Haider-Wallner, NEOS-Landessprecher und Spitzenkandidat Christoph Schneider sowie Géza Molnár, Spitzenkandidat der Liste „Hausverstand“, bewerteten in ihren Statements die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre und sprachen darüber, welche Maßnahmen sie in Zukunft setzen würden.

Norbert Hofer von der FPÖ sprach etwa davon, der Wirtschaft mehr „Luft zum Atmen“ zu geben und keine Dinge versprechen zu wollen, die man nicht umsetzen könne. Christoph Schneider von den NEOS kritisierte, dass das Land Burgenland glaube, es sei „der bessere Unternehmer“, und betonte, dass man im Landtag in der Opposition eine starke Stimme für die Unternehmen sein wolle. Dass Ökonomie und Ökologie Hand in Hand gehen können, sagte Anja Haider-Wallner von den Grünen und kritisierte den Mindestlohn in landesnahen Betrieben als „Zwei-Klassen-Gesellschaft“. SPÖ-Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann verwies auf Statistiken, die dem Burgenland eine gute Bilanz der vergangenen fünf Jahre attestierten, und betonte, die Unternehmen in die Wirtschaftspolitik des Landes weiterhin einbeziehen zu wollen. Den Fokus auf Energiepolitik legte Géza Molnár von der Liste „Hausverstand“, denn „wenn Energie teurer wird, wird alles teurer“. Christian Sagartz von der ÖVP kritisierte die Baulandmobilisierungsabgabe für Unternehmen und wünschte sich für die Wirtschaft eine Politik, die sich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen konzentriert.

IV-Burgenland-Präsident Christian Strasser dankte der bisherigen Präsidentin Heidi Adelwöhrer für ihr Engagement für die Industrie im Burgenland.

Fotos: Emmerich Mädl, IV-Burgenland / Lexi

GEMEINSAM FÜR DEN INDUSTRIE-STANDORT

Anfang Jänner durfte ich das Amt des Präsidenten der IV-Burgenland übernehmen. Wie Sie wissen, durchleben wir wirtschaftlich und politisch herausfordernde Zeiten, und auch 2025 werden viele Höhen und Tiefen auf uns zukommen. Ich freue mich sehr, die IV-Burgenland durch diese spannende Zeit in die Zukunft führen zu dürfen und daran mitzuwirken, unseren Industriestandort zukunftsfit, robust und nachhaltig zu gestalten. Wirtschaft und Industrie sind das Rückgrat unseres Wohlstands, ein Motor für den Fortschritt und eine wichtige Säule, die unsere Gesellschaft auch in turbulenten Zeiten des Wandels trägt. Das darf man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Es mag immer Stimmen geben, die den Stellenwert der Industrie verkennen. Aber das ist sehr kurzfristig gedacht, denn Industrie sorgt für Stabilität im Land: durch Steuern und Abgaben, durch Ausbildungs- und Arbeitsplätze, durch Forschung und Entwicklung. Es ist mir daher ein großes Anliegen, auch weiterhin auf die Bedeutung der Industrie und ihrer Leistungen aufmerksam zu machen und die Interessen von Industrieunternehmen gegenüber relevanten Stakeholdergruppen und ebenso vor einer breiten Öffentlichkeit zu vertreten.

Was es braucht, ist ganz klar: Wir brauchen gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte, die gerne bei uns arbeiten und gerne im Burgenland leben. Arbeits- und Bürokratiekosten müssen reduziert werden, und auch eine leistbare und sichere Energieversorgung ist enorm wichtig. Wir brauchen wirtschaftsfreundliche politische Rahmenbedingungen, die ein erfolgreiches Wirtschaften fördern und voranbringen. Und gerade das ist ein wichtiger Punkt: Es braucht Verständnis dafür, dass bei der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik die Politik Rahmenbedingungen schafft und sich ansonsten aus dem Wirtschaften heraushält – ganz nach dem Motto „Weniger Staat, mehr privat!“

Es gibt sehr viel Potenzial, das wir gemeinsam angehen müssen für unseren Wirtschafts- und Industriestandort, denn es warten große Transformationen auf uns als Gesellschaft. Ich bin dankbar für das entgegengebrachte Vertrauen des IV-Burgenland-Vorstands und für die Möglichkeit, gemeinsam mit den Mitgliedsbetrieben an der Spitze der IV-Burgenland weiter für unseren Industriestandort zu arbeiten. Und ich bin zuversichtlich, dass wir trotz anhaltender Herausforderungen gemeinsam Antworten auf die wichtigen Themen und Veränderungen unserer Zeit finden werden.

Ihr

Christian Strasser,
Präsident der IV-Burgenland

Das war der Neujahrsempfang 2025

Zahlreiche Gäste aus Wirtschaft, Politik, Bildung und Sozialpartnerschaft folgten der Einladung der IV-Burgenland und verbrachten beim traditionellen Neujahrsempfang einen gleichermaßen angenehmen wie interessanten Abend im Hotel-Restaurant Ohr in Eisenstadt. Hier finden Sie einige Fotos dieses Abends.

1. IV-Burgenland-Geschäftsführerin Aniko Benkö begrüßte Stefan Ottrubay, Aufsichtsratsvorsitzender der Esterhazy Betriebe AG.
2. Am Neujahrsempfang trafen sich Bernd Berghofer (GF Austria Pet Food GmbH), Landesrat Leonhard Schneemann, Martin Geiger (GF Siemens AG Österreich, Niederlassung Burgenland), Astrid Geiger, Andreas Obermayr (GF Austria Pet Food GmbH) und Walter Schneeberger (Chefredakteur ORF Burgenland).
3. Gute Gespräche führten auch Erwin Pichler von der GrECo International AG und die ehemalige IV-Burgenland-Präsidentin Heidi Adelwöhrer.
4. Manfred Adelwöhrer, Ewald Hombauer (GF Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Burgenland), Jochen Joachims (GF BRAUN Lockenhaus GmbH) und Johann Glocknitzer (GF Seal Maker Produktions und Vertriebs GmbH) waren beim Neujahrsempfang zu Gast.
5. Gerhard Hau (GF ServiCom GmbH) unterhielt sich mit Robert Liszt (Liszt-MFT GmbH) und Elisabeth Liszt.
6. Präsident Christian Strasser und René Buchart (GF Cardbox Packaging Pinkafeld GmbH) beim Austausch.
7. Heidi Adelwöhrer mit Wilfried Lercher, Direktor der HTL Pinkafeld, und Thomas Schober, Direktor der HTL Eisenstadt.
8. Christian Strasser, Aniko Benkö, Roman und Johannes Bock (GF BECOM Electronics GmbH) unterhielten sich beim Neujahrsempfang.
9. Bernhard Haas (CSO BOOST Automation GmbH), Christoph Blum (GF Trafomodern Transformatorengesellschaft m.b.H.), Karl Mad (GF Isosport Verbundbauteile GmbH) und Marco Talasz (VOSSEN GmbH & Co KG) tauschten sich aus.
10. Christoph Blum, Marek Zeliska (SOS-Kinderdorf-Leiter Pinkafeld) und Jochen Joachims unterhielten sich am Neujahrsempfang.

Fotos: IV-Burgenland / Lexi